

Göttweiger Erklärung 2013

Vor 20 Jahren wurden mit dem Maastrichter Vertrag die Grundlage der Europäischen Union und ein Meilenstein europäischer Integrationsgeschichte geschaffen. Die Parameter haben sich seither verändert. Seit nunmehr fünf Jahren leidet Europa an den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dennoch tritt die Frage, was nach der Krise kommt, immer mehr in den Vordergrund und damit auch die grundsätzliche Frage der Weiterentwicklung der Europäischen Union. Es geht um ein zukunftstaugliches Zusammenspiel der Kräfte in Europa, um das Vertrauen in die Europäische Integration und in die Europäischen Institutionen. Es geht um grundlegende Fragen, wie die EU künftig optimal funktionieren kann, also die Aufgabenteilung zwischen den Institutionen untereinander, sowie den Mitgliedsstaaten und der Union, bei entsprechend demokratischer Legitimation ihrer Entscheidungen. Es geht um die Frage, wie ein Europa der 28 Mitglieder bzw. der vielen Geschwindigkeiten funktionieren und nicht trennend, sondern verbindend gestaltet werden kann. Gerade im Jahr 2013, das das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger ist, können diese Zukunftsfragen nicht ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft diskutiert werden. Vielmehr sollte damit das notwendige Momentum vorliegen, um in einen ernsthaften Dialog über die künftige Gestaltung Europas einzutreten.

Seit nunmehr 18 Jahren befasst sich das Europa-Forum Wachau mit eben diesen Fragen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und dient als bewusst europäisches Forum auch der Vertiefung der Beziehungen Österreichs zu seinen mittel- und osteuropäischen Nachbarn und seinen Partnern aus weiteren Regionen Europas, sowie in weiterer Folge der Völkerverständigung.

Mit Blick auf die Umriss eines neuen Europas und möglichen Auswege aus der Krise müssen daher Lösungsansätze im regionalen und nationalen Verbund mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas erzielt werden:

- 1.) Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik befindet sich nach zehn Jahren Existenz in einer Phase der Umgestaltung. Gerade das Jahr 2013 bietet mit dem Europäischen Rat im Dezember 2013, der dem Thema Sicherheit und Verteidigung gewidmet ist, die Chance, einen eingehenden Diskurs über die GSVP zu führen und Szenarien zur Weiterentwicklung dieses Politikfeldes aufzuzeigen. Die Überarbeitung der Aufgabenstellungen und Mechanismen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Maßnahmen zur Steigerung ihrer Effizienz als ein wesentliches Gestaltungsmittel der Europäischen Außenpolitik sind wichtige Schritte auf diesem Weg, sollten aber in eine grundsätzliche strategische Auseinandersetzung über die Rolle der EU als globaler Akteur eingebettet werden.

- 2.) Subsidiarität und Solidarität sind Leitprinzipien des europäischen Integrationsprozesses. Das Subsidiaritätsprinzip ist eines der Prinzipien der Europäischen Union und damit zugleich Legitimitätsbedingung ihres Handelns. Das Solidaritätsprinzip ist das systemisch tragende Prinzip des Rechts- und Staatenverbundes der EU. Solidarität und Subsidiarität können einander in diesem Verhältnis gegenseitig korrigieren. Gerade hierbei kommt den Regionen eine entscheidende Rolle zu, da sie diese Prinzipien des europäischen Integrationsprozesses auf nationalstaatlicher Ebene im Interesse der Region selbst und ihrer Bürgerinnen und Bürger am besten umsetzen können. Eine verstärkte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und Solidarität mit benachteiligten Regionen sind unabdingbare Voraussetzungen für eine positive Zukunft Europas. Daher müssen diese beiden Prinzipien verstärkt angewandt und intensiviert werden.
- 3.) Die Wirtschaft ist Motor und Triebkraft der europäischen Integration. Die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion hin zu einer vertieften und echten WWU ist daher ein notwendiger Schritt, um die Glaubwürdigkeit Europas als Wirtschaftsmacht zu bekräftigen. Innerhalb der Union gilt es aber, zum einen Wachstum durch Innovation und Entwicklung zu erzeugen und andererseits die Budgetsanierungen voranzutreiben, um auch weiterhin im globalen Kontext wettbewerbsfähig zu bleiben.
- 4.) Regionen sind Ursprung und Sammelbecken unterschiedlicher Kulturen und Traditionen. Kultur setzt direkt bei den europäischen Bürgerinnen und Bürgern an, kann den grenzüberschreitenden Dialog fördern und helfen, ein europäisches Bürgerbewusstsein zu schaffen. Gerade bei der Suche nach neuen Integrationsfaktoren kommt der Kultur eine wichtige Rolle zu. Daher gilt es, der Kultur im Zuge der europäischen Integration auch in den Außenbeziehungen der EU einen höheren Stellenwert einzuräumen, um dieses Potential voll ausschöpfen zu können. Dabei kommt dem Netzwerk EUNIC, einem Zusammenschluss der europäischen nationalen Kulturinstitute, eine bedeutende Rolle zu.

Göttweig, 16. Juni 2013